

Wider die Naturalisierung des Krieges

Vorabdruck. Dem Trend, Gewalt zu einer menschlichen Konstante zu erklären, muss man bereits auf der Ebene der Begriffe begegnen. Frieden denken unter Bedingungen des Krieges

Von Hannes A. Fellner

In diesen Tagen erscheint das neue Heft der Zeitschrift *Marxistische Blätter* mit dem Schwerpunkt »Militärrepublik Deutschland? Ohne uns!«. Wir veröffentlichen daraus mit freundlicher Genehmigung von Herausgebern und Autor redaktionell gekürzt den Aufsatz »Frieden denken unter Bedingungen des Krieges« von Hannes A. Fellner. Die Zeitschrift kann bestellt werden unter: www.marxistische-blaetter.de (jW)

Krieg erscheint in der gegenwärtigen politischen Öffentlichkeit zunehmend als ein Zustand, an den man sich zu gewöhnen habe. Er wird als unausweichliche Begleiterscheinung internationaler Politik dargestellt, als notwendige Reaktion auf (vermeintliche) Bedrohungen, als Mittel der Abschreckung oder gar als Instrument zur Sicherung von Frieden, Ordnung und Menschenrechten. Diese Normalisierung des Krieges vollzieht sich nicht nur auf der Ebene militärischer Praxis, sondern vor allem auf der Ebene der Begriffe. Krieg gilt als realistisch, Frieden dagegen als naiv, moralisch überhöht oder politisch verantwortungslos.

Auffällig ist dabei weniger die offene Kriegsrhetorik als vielmehr die gleichzeitige Verarmung des Friedensbegriffs. Frieden erscheint häufig nur noch negativ, als bloße Abwesenheit akuter Kampfhandlungen, oder funktional, als Ergebnis militärischer Durchsetzung bestimmter Ordnungsmodelle. Wo Frieden so verstanden wird, verliert er seinen kritischen Gehalt. Er wird nicht mehr als gesellschaftliches Verhältnis begriffen, sondern als technisches Resultat richtiger Machtanwendung. Frieden wird von einer Frage der gesellschaftlichen Vernunft zu einer Frage der militärischen Effizienz umgedeutet.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, den Friedensbegriff selbst wieder zum Gegenstand theoretischer Reflexion zu machen. Nicht, um ihn moralisch aufzuwerten oder gegen jede Form politischen Konflikts auszuspielen, sondern um ihn aus der Umklammerung jener Debatten zu lösen, die Krieg als alternativlos darstellen.

Krieg ist weder ein anthropologisches Schicksal noch ein bloßes Fehlverhalten einzelner politischer Akteure. Auch der Frieden ist kein übergeschichtlicher Wert, der sich jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse realisieren ließe. Frieden ist vielmehr selbst historisch, widersprüchlich und politisch umkämpft. Krieg ist in die Struktur kapitalistischer Weltverhältnisse eingeschrieben. Frieden lässt sich nur dann gegen seine ideologische Verkehrung verteidigen, wenn er zugleich historisch konkretisiert und gesellschaftstheoretisch fundiert werden soll.

Kein überzeitliches Schicksal

Die Vorstellung, Krieg gehöre unaufhebbar zur menschlichen Natur, bildet eine der wirkmächtigsten Entlastungsstrategien der Gegenwart. Wo Gewalt als ewige Konstante erscheint, entzieht sie sich historischer Erklärung und politischer Verantwortung. Kriege erscheinen dann nicht mehr als Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Konstellationen, sondern als unvermeidliche Wiederkehr eines immergleichen menschlichen Grundtriebs.

Doch Krieg kann nicht aus einer erdachten abstrakten »menschlichen Aggressivität« erklärt werden, sondern aus konkret bestimmbareren politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnissen. Gerade dort, wo Krieg als überzeitliches Schicksal erscheint, ist Aufmerksamkeit geboten.

Krieg ist kein Ausnahmezustand außerhalb der Gesellschaft, sondern Ausdruck ihrer inneren Widersprüche. Kriege entstehen nicht, weil Menschen »von Natur aus« zur Gewalt neigen, sondern weil gesellschaftliche Strukturen Formen von Herrschaft, Konkurrenz und Ausschluss hervorbringen, die sich periodisch gewaltsam entladen. Der Rekurs auf Biologie, Anthropologie und Psychologie verdeckt diesen Zusammenhang und verschiebt die Erklärung von der Ebene der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Ebene des Individuums, der Gattung und der Natur.

Wird Gewalt als unvermeidlich dargestellt, erscheint jeder Versuch ihrer Überwindung als naiv oder gefährlich. Frieden wird dann nicht als reale Möglichkeit, sondern als moralische Illusion behandelt. Damit wird jedoch nicht nur der Friedensbegriff entwertet, sondern auch die Fähigkeit der Gesellschaft, ihre eigenen Verhältnisse kritisch zu reflektieren. Die Annahme, Krieg sei unausweichlich, wirkt so selbst stabilisierend auf jene Strukturen, die ihn hervorbringen.

Es gilt also aufzuzeigen, dass Krieg historisch erklärbar ist und dass seine vermeintliche Unvermeidlichkeit aus der Stabilität bestimmter gesellschaftlicher Formen resultiert, nicht aus der Natur des Menschen. Erst wenn diese Verschiebung vollzogen wird, kann Frieden aus dem Bereich des Moralischen in den Bereich des Politischen zurückgeholt werden. Frieden ist dann nicht mehr die Negation einer angeblich ewigen Gewalt, sondern die historisch mögliche Überwindung konkret identifizierbarer Ursachen von Krieg.

Geschichte der Friedensidee

Wenn Krieg historisch erklärbar ist, dann gilt dies in gleicher Weise für den Frieden. Auch der Friedensbegriff ist kein überzeitlicher Maßstab, der jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse existiert und lediglich auf seine Realisierung wartet. Die Idee des Friedens selbst hat eine Geschichte – keine lineare Fortschrittsgeschichte, sondern eine konfliktreiche Abfolge unterschiedlicher, oft gegensätzlicher Projekte. Frieden ist nicht einfach das Gegenbild zum Krieg, sondern ein politisch umkämpfter Begriff, dessen Bedeutung sich im Verlauf historischer Auseinandersetzungen immer wieder verschiebt.

Es gab niemals nur *eine* Idee des Friedens. Vielmehr standen sich verschiedene Friedenskonzeptionen gegenüber, die an bestimmte gesellschaftliche Interessen, Machtverhältnisse und Weltbilder gebunden waren. So konnte Frieden als innere Befriedung eines Herrschaftsraums bei gleichzeitiger äußerer Expansion verstanden werden (Pax Romana, Pax Britannica); er konnte als Ordnung der Sieger erscheinen, die den unterlegenen Mächten Stabilität auferlegte (Wilsonianismus, »New World Order«); oder er konnte als revolutionäres Projekt formuliert werden, das auf die Abschaffung eben jener Verhältnisse zielte, aus denen Kriege überhaupt erst hervorgehen. Diese unterschiedlichen Bedeutungen des Friedens standen nicht nebeneinander, sondern gerieten immer wieder in scharfe ideologische und politische Konflikte.

Gerade die kapitalistische Moderne ist in dieser Hinsicht besonders aufschlussreich. Die großen Versprechen eines dauerhaften Friedens – von der Aufklärung über den liberalen Konstitutionalismus bis hin zu den Entwürfen einer internationalen Rechtsordnung – gingen historisch mit neuen Formen der Kriegführung, der kolonialen Expansion und der globalen Gewalt einher. Der Ruf nach Frieden war vielfach mit dem Anspruch verbunden, eine bestimmte Ordnung zu sichern oder durchzusetzen, und dieser wurde mit militärischen Mitteln verfolgt.

Entscheidend ist also nicht die abstrakte Frage, ob Frieden »gut« oder Krieg »schlecht« ist, sondern die konkrete Untersuchung dessen, welcher Frieden jeweils gemeint ist und wem er nützt. Frieden kann ebenso gut ein Instrument der Stabilisierung von Herrschaft sein wie ein Moment ihrer Infragestellung. Die Geschichte der Friedensidee ist deshalb auch eine Geschichte ideologischer Kämpfe um die Deutung gesellschaftlicher Ordnung.

Frieden ist eben kein neutraler Zustand, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das nur im Zusammenhang mit den jeweils herrschenden Eigentums-, Produktions- und Machtverhältnissen verstanden werden kann. Die ideengeschichtliche Vielfalt der Friedensbegriffe verweist auf tieferliegende gesellschaftliche Widersprüche, die sich in unterschiedlichen politischen Programmen unterschiedlicher Klassen artikulieren. Frieden erscheint so nicht als harmonischer Endzustand der Geschichte, sondern als umkämpfte Perspektive innerhalb historischer Prozesse.

Friedensbegriff als Waffe

Die historische Vielfalt der Friedenskonzeptionen verweist nicht nur auf unterschiedliche politische Projekte, sondern auch auf die ideologische Form,

die der Friedensbegriff annehmen kann. Gerade dort, wo Frieden als universeller Wert ausgegeben wird, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Möglichkeit offenzulegen, droht er in sein Gegenteil umzuschlagen. Frieden fungiert dann nicht mehr als kritische Kategorie, sondern als Legitimationsform bestehender Machtverhältnisse.

Der Friedensdiskurs selbst ist historisch immer wieder zur ideologischen Ressource geworden. Nicht selten wurde im Namen des Friedens Krieg geführt, Herrschaft stabilisiert oder Expansion gerechtfertigt. Der Friedensbegriff verliert in solchen Konstellationen seinen emanzipatorischen Gehalt und wird zu einem Instrument politischer Verschleierung. Gewalt verschwindet nicht, sie wird lediglich begrifflich vernebelt.

Typisch für diese ideologische Verkehrung ist die Trennung zwischen einem als »zivilisiert« definierten inneren Raum des Friedens und einem äußeren Raum, in dem Gewalt als notwendig, legitim oder gar zivilisatorisch erscheint. Frieden gilt dann nur unter bestimmten Bedingungen: für bestimmte Subjekte, innerhalb bestimmter Ordnungen, nach Maßgabe bestimmter Normen. Wer diesen Normen nicht entspricht, wird aus dem Bereich des Friedens ausgeschlossen und zum Objekt legitimer Gewalt erklärt.

Frieden wird ideologisch, wenn er von den materiellen und politischen Strukturen abgelöst wird, die Krieg hervorbringen, und statt dessen als bloße Frage richtiger Gesinnung, guter Absichten oder technokratischer Steuerung erscheint. Besonders deutlich wird diese Verkehrung in modernen Konzepten, die Krieg als Mittel zur Herstellung oder Sicherung von Frieden ausgeben. Wenn militärische Interventionen als »friedensschaffend«, »stabilisierend« oder »humanitär« bezeichnet werden, wird der Begriff des Friedens selbst militarisiert. Frieden erscheint dann nicht mehr als Alternative zum Krieg, sondern als dessen Ziel und Rechtfertigung. Die kategoriale Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden wird verwischt, und mit ihr die Möglichkeit kritischer Urteilskraft.

Eine materialistische Kritik des Friedensbegriffs muss daher gerade dort ansetzen, wo Frieden scheinbar selbstverständlich bejaht wird. Sie hat zu fragen, welche gesellschaftlichen Interessen sich in bestimmten Friedenskonzeptionen artikulieren, welche Formen von Gewalt sie ausblenden und welche sie legitimieren. Frieden ist kein unschuldiger Begriff. Er kann zur Chiffre für Ordnung, Stabilität, Herrschaft, ja Krieg werden – oder zum Maßstab ihrer Kritik.

Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden und Krieg lässt sich daher nicht auf der Ebene von Normen oder Diskursen entscheiden. Sie verweist notwendig auf die politischen und ökonomischen Bedingungen, unter denen Krieg als Mittel der Ordnungssicherung immer wieder reproduziert wird.

Kapitalismus und Krieg

Wenn Frieden nicht auf der Ebene von Moral oder Diskursen zu sichern ist, sondern an gesellschaftliche Strukturen gebunden bleibt, dann rückt notwendig die politische Ökonomie des Krieges in den Mittelpunkt. Der moderne Krieg geht nicht primär aus Fehlentscheidungen, Irrationalität oder bloßer Machtgier

einzelner Akteure hervor, sondern aus den Eigentum- und Herrschaftsverhältnissen des Kapitalismus.

Krieg ist kein äußerliches Mittel, das der Politik gelegentlich zur Verfügung steht, sondern eine ständige Möglichkeit, die aus der inneren Dynamik kapitalistischer Gesellschaften hervorgeht. Die Konkurrenz um Märkte, Ressourcen, Investitionsräume und politische Einflusszonen erzeugt einen permanenten Druck zur Expansion und Absicherung. Wo diese Konkurrenz nicht mehr ökonomisch oder diplomatisch reguliert werden kann, tritt sie in militärischer Form hervor. Krieg erscheint so nicht als Bruch mit der Normalität, sondern als ihre gewaltsame Fortsetzung.

Die großen Kriege der Moderne lassen sich nicht vom globalen Ausgreifen kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsformen trennen. Gerade jene Gesellschaften, die sich als Träger von Fortschritt, Recht und Zivilisation verstanden, entwickelten eine bis dahin unbekannte Fähigkeit zur systematischen Organisation von Gewalt. Der universelle Anspruch des Marktes ging einher mit der gewaltsamen Öffnung von Räumen, der Zerstörung bestehender Sozialordnungen und der militärischen Sicherung ökonomischer Interessen.

Entscheidend ist dabei, dass diese Gewalt nicht als Ausnahme legitimiert wurde, sondern als notwendige Begleiterscheinung einer angeblich friedensstiftenden Ordnung. Der Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg wurde gerade dort besonders wirksam, wo er ideologisch bestritten wurde. Die Behauptung, Handel, Recht und Demokratie führten von selbst zum Frieden, fungierte als Verschleierung der realen Gewaltverhältnisse, die diese Ordnung überhaupt erst ermöglichten. Krieg wurde nicht als systemisches Problem erkannt, sondern als Störung eines ansonsten friedlichen Verlaufs.

Der Kapitalismus ist keine friedensfähige Ordnung, weil er seine eigenen Widersprüche nicht aufheben kann, sondern ständig reproduziert. Solange gesellschaftlicher Reichtum privat angeeignet wird und politische Macht an ökonomische Interessen gebunden bleibt, bleibt auch die Option militärischer Gewalt präsent. Frieden kann unter diesen Bedingungen bestenfalls temporär, partiell oder hegemonial gesichert werden – niemals jedoch allgemein und dauerhaft.

Es geht nicht um eine einfache Gleichsetzung von Kapitalismus und Krieg. Natürlich lässt sich nicht jeder bewaffnete Konflikt unmittelbar aus ökonomischen Motiven ableiten. Aber kapitalistische Gesellschaften produzieren Konstellationen, in denen Krieg als rationales Mittel erscheint. Er wird politisch integrierbar und im Rahmen des Möglichen plan- und kalkulierbar. Gerade darin liegt seine besondere Gefährlichkeit.

Wer Frieden also ernsthaft denken will, kann ihn nicht vom Zusammenhang mit Imperialismus, globaler Ungleichheit und ökonomischer Konkurrenz ablösen. Frieden ist unter kapitalistischen Bedingungen stets prekär, weil die Strukturen, die ihn unterminieren, fortbestehen. Damit ist mitnichten eine historische Hoffnungslosigkeit formuliert, wohl aber eine theoretische Klarstellung: Frieden ist keine Frage guter Absichten, sondern eine Frage gesellschaftlicher Transformation.

Frieden und Gewalt

Die Einsicht in den strukturellen Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg zwingt zugleich dazu, einfache Gegenüberstellungen von Frieden und Gewalt zu vermeiden. Eine solche Auffassung verfehlt die historische Realität ebenso wie die theoretische Problemlage. Gewalt verschwindet nicht dadurch aus der Welt, dass man sie moralisch verurteilt oder prinzipiell ausschließt.

Abstrakter Pazifismus ist historisch blind. Wer jede Form von Gewalt unterschiedslos verdammt, ignoriert die reale Asymmetrie gesellschaftlicher Verhältnisse. Unter Bedingungen kolonialer Unterdrückung, sozialer Entrechtung oder politischer Repression kann Gewalt nicht einfach als Störung eines ansonsten friedlichen Zustands erscheinen. Sie ist vielmehr oft Ausdruck eines Konflikts, der bereits gewaltsam strukturiert ist. In solchen Konstellationen kann der Ruf nach Gewaltlosigkeit dazu beitragen, bestehende Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren, indem er den Unterdrückten die Mittel der Gegenwehr abspricht.

Gewalt ist kein einheitliches Phänomen, sondern ein widersprüchliches Moment gesellschaftlicher Praxis. Entscheidend ist nicht die bloße Existenz von Gewalt, sondern ihr gesellschaftlicher Zusammenhang und ihre historische Richtung. Gewalt, die der Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Herrschaft dient, ist kategorial von jener Gewalt zu unterscheiden, die auf die Überwindung struktureller Gewaltverhältnisse zielt. Diese Unterscheidung ist nicht moralisch, sondern gesellschaftstheoretisch begründet.

Frieden lässt sich unter diesen Voraussetzungen nicht als Zustand völliger Konfliktlosigkeit bestimmen. Konflikte gehören zur Geschichte sozialer Entwicklung, und sie verschwinden nicht durch Appelle. Frieden bedeutet vielmehr die Fähigkeit einer Gesellschaft, Konflikte in Formen zu überführen, die nicht auf Entmenschlichung, dauerhafte Unterwerfung und Vernichtung hinauslaufen. Er setzt institutionelle, soziale und politische Strukturen voraus, die Widersprüche austragbar machen, ohne sie militärisch zu eskalieren.

Die Schwierigkeit besteht darin, dass diese Formen historisch erkämpft werden müssen und stets prekär bleiben. Selbst Bewegungen, die im Namen des Friedens angetreten sind, konnten in neue Gewaltverhältnisse verstrickt werden, wenn sie die strukturellen Ursachen von Krieg nicht überwandten. Andererseits wären viele Fortschritte in Richtung eines allgemeinen Friedens ohne gewalthafte Brüche nicht denkbar gewesen.

Es ist also notwendig, sich gegen zwei entgegengesetzte Verkürzungen zu richten. Gegen den moralischen Pazifismus, der Gewalt unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Kontext verurteilt und damit häufig die bestehende Ordnung affirmiert. Und gegen jene realpolitische Haltung, die Gewalt als notwendiges und dauerhaftes Mittel politischer Gestaltung akzeptiert und Frieden auf ein bloßes Machtgleichgewicht reduziert. Beide Positionen verfehlen die dialektische Vermittlung von Konflikt, Gewalt und Frieden.

Eine materialistische Friedenskonzeption muss diese Vermittlung aushalten. Sie darf weder die Realität gesellschaftlicher Gewalt verdrängen noch sie naturalisieren oder legitimieren. Frieden ist unter diesen Bedingungen kein

Zustand reiner Harmonie, sondern ein historisch bestimmtes Verhältnis, das immer wieder gegen zerstörerische Tendenzen verteidigt und weiterentwickelt werden muss. Gerade darin liegt seine politische Bedeutung – und seine Fragilität.

Die liberale Illusion

Eine der wirkmächtigsten Ideologien des Kapitalismus ist die Vorstellung, Frieden ergebe sich gleichsam automatisch aus der Verbreitung liberaler Institutionen. Handel, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und internationale Kooperation gelten in dieser Perspektive nicht nur als zivilisatorische Errungenschaften, sondern als hinreichende Bedingungen für eine dauerhaft friedliche Weltordnung. Krieg erscheint hier als Überbleibsel vormoderner Herrschaftsformen, als Anomalie oder Rückfall, nicht jedoch als strukturelle Möglichkeit der liberalen Ordnung selbst.

Der Liberalismus ist aber historisch keineswegs als Gegenspieler des Krieges aufgetreten, sondern vielfach als dessen Träger. Gerade jene Staaten, die sich als Vorreiter von Freiheit, Verfassung und Demokratie verstanden, führten expansive Kriege, betrieben koloniale Herrschaft und entwickelten eine globale Interventionspraxis. Der Zusammenhang zwischen liberaler Selbstbeschreibung und realer Gewalt ist dabei kein Zufall, sondern Ausdruck eines spezifischen Universalismus, der die eigenen Normen absolut setzt.

Besonders deutlich wird dies in der Vorstellung eines »demokratischen Friedens«, derzufolge Demokratien untereinander keine Kriege führten und daher als Garanten einer friedlichen Weltordnung gelten könnten. Diese These ist historisch selektiv und ideologisch funktional. Sie blendet nicht nur die zahlreichen Kriege liberaler Demokratien gegen nicht-demokratische Staaten aus, sondern auch die Gewalt, die im Inneren dieser Demokratien gegenüber kolonisierten, rassifizierten oder politisch ausgeschlossenen Gruppen ausgeübt wurde.

Hinzu kommt, dass der liberale Friedensdiskurs dazu tendiert, Krieg neu zu definieren. Militärische Interventionen werden nicht mehr als Kriege bezeichnet, sondern als Polizeimaßnahmen, Stabilisierungseinsätze oder humanitäre Missionen. Diese semantische Verschiebung ist politisch hochwirksam. Sie erlaubt es, Gewalt anzuwenden, ohne den normativen Anspruch auf Frieden aufzugeben. Krieg wird nicht abgeschafft, sondern begrifflich neutralisiert.

Indem der Liberalismus seine eigene Ordnung mit Frieden identifiziert, erklärt er jede militärische Gewalt, die in ihrem Namen ausgeübt wird, per definitionem für friedensdienlich. Kritik erscheint dann nicht als Beitrag zur Friedenssicherung, sondern als Gefährdung einer vermeintlich fragilen Ordnung. Der Friedensbegriff wird so gegen Kritik abgeschirmt und verliert seine reflexive Funktion.

Die liberale Friedensillusion besteht daher nicht darin, dass Frieden angestrebt wird, sondern darin, dass die eigenen Machtverhältnisse als friedensfähig ausgegeben werden, ohne ihre gewaltsamen Voraussetzungen zu reflektieren. Frieden wird an Bedingungen geknüpft, die selbst mit Zwang, Sanktion und

militärischer Durchsetzung verbunden sind. Damit verschiebt sich die Grenze zwischen Krieg und Frieden endgültig: Nicht mehr der Krieg ist das Problem, sondern der Widerstand gegen die als friedlich deklarierten Ordnungen.

Eine Menschheitsfrage

Die industrielle und technologische Entwicklung der modernen Gesellschaften hat Formen der Gewalt hervorgebracht, deren Eskalationspotenzial die bisherigen historischen Maßstäbe sprengt. Die Möglichkeit großräumiger Zerstörung, die Entgrenzung militärischer Mittel und die globale Vernetzung politischer Konflikte machen deutlich, dass Krieg heute nicht regional begrenzt ist. Er betrifft die Menschheit als Gattung.

Menschheitsfragen weisen eine eigentümliche Dialektik auf. Sie entstehen aus gesellschaftlichem Fortschritt, aus der Ausweitung menschlicher Handlungsmacht, und schlagen zugleich in neue Formen existenzieller Gefährdung um. Krieg ist in diesem Sinne kein Rückfall in vormoderne Barbarei, sondern ein Produkt moderner Zweckrationalität unter irrationalen gesellschaftlichen Bedingungen. Gerade deshalb lässt er sich nicht durch technische Kontrolle oder moralische Appelle entschärfen.

Der Anspruch auf universalen Frieden scheiterte immer dann, wenn er mit partikularen Machtinteressen verbunden blieb. Ein Frieden, der nur für bestimmte Staaten, Klassen oder Zivilisationen gilt, reproduziert notwendig neue Konfliktlinien. Universalismus ist nur dann friedensfähig, wenn er nicht imperial organisiert ist.

Frieden als Menschheitsfrage bedeutet daher nicht, einen abstrakten Humanismus gegen politische Realität auszuspielen. Vielmehr geht es darum, die reale Abhängigkeit der Gesellschaften voneinander ernst zu nehmen. Globale Produktionsketten, sicherheitspolitische Verflechtungen, ökologische Grenzen haben die Illusion souveräner Selbstgenügsamkeit widerlegt. Krieg in einem Teil der Welt bleibt nicht folgenlos für andere. In diesem Sinne ist Frieden kein partikulares Interesse, sondern eine objektive Notwendigkeit.

Menschheitsfragen erzeugen aber keinen Automatismus der Vernunft, sondern verschärfen die Widersprüche, unter denen gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden. Gerade deshalb ist Frieden als Menschheitsfrage keine beruhigende Perspektive, sondern eine anspruchsvolle Zumutung. Er verlangt, gesellschaftliche Strukturen rasch so zu verändern, dass die Möglichkeiten der Selbsterstörung nicht länger systematisch reproduziert werden.

Damit verschiebt sich der Horizont der Friedensfrage erneut. Frieden ist weder bloßes Ideal noch bloße Strategie, sondern eine Bedingung der Möglichkeit zukünftiger Geschichte. Ihn zu denken heißt, die Grenzen des Bestehenden zu erkennen - und zugleich die Notwendigkeit ihrer Überschreitung.

Hannes A. Fellner ist Professor am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521073.diskurse-wider-die-naturalisierung-des-krieges.html>